

RECHTS

Ansicht

1.17

Gegen rechts. Rechtspopulismus wird salonfähig. Die Zahl rechter Gewalttaten nimmt zu. Höchste Zeit aufzuwachen und vor allem eines zu zeigen: Haltung gegen rechts.



Liebe Leserin, lieber Leser,

allerspätestens mit der Wahl von Präsident Donald Trump in den USA sollte klar sein, was geschehen kann, wenn Rechtspopulist*innen an die Macht kommen: Lebendige Vielfalt wird verbrämt. Staat, Verfassung und Demokratie sollen untergraben, autoritäre Strukturen geschaffen werden. Nationalismus, Ausgrenzung und Verachtung Andersdenkender werden viel schneller Tür und Tor geöffnet, als man es sich zuvor hat ausmalen wollen. Rasch kann so eine unselige Gemengelage entstehen, die verbalem und physischem Extremismus plötzlich den Nährboden bereitet.

In Europa und Deutschland stehen wichtige Wahlen an. Sie sind zweifellos richtungsweisende Wegmarken, inwieweit rechtes und rechtsextremes Gedankengut bei den Bürger*innen spürbaren Zulauf findet oder nicht. Genauso wichtig ist aber auch die Wachsamkeit im Alltag. Sprich: Alltagsrassismus oder Rechtsextremismus sind immer hör- und sichtbarer. Die rechte Szene ist inzwischen derart gut organisiert, dass sie Defizite des Staates oder der Zivilgesellschaft zügig erkennt und dann vorgibt, sie könne diese Defizite auflösen.

Die Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie die Demokratieförderung sind für die AWO seit knapp 100 Jahren Kern ihrer Arbeit. Ja, wir leben in einer Zeit, in der dies dringender geboten ist denn je. Ende 2013 hatten wir eine AWO Ansicht zum Thema »Kein Platz für Rassismus«. Mit dem vorliegenden Heft möchten wir neben den notwendigen Problemanalysen auch Mut machen und beispielhaft zeigen, wie entschlossenes Handeln gegen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen möglich ist. Wir sind nicht hilflos. Die AWO ist angesichts dieser Herausforderung gefragt, egal wann und wo sie wirkt. Wir wünschen eine ertragreiche Lektüre.

Brigitte Döcker
Mitglied des Vorstands

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62 / 63 · 10961 Berlin
Tel 030 / 26309-0 · Fax 030 / 26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030 / 26309-4553 · Fax 030 / 26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona FINDER
Berit Gründler · Peter Kuleba (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Redaktionelle Mitarbeit Dr. Brigitte Mihok

Konzept und Idee

Stephanie Roderer, München
www.stephanie-roderer.de

Illustration

Carla Nagel, www.carlanagel.de

Fotografie

S. 3, 5, 18, 21 AWO Bundesverband
S. 4 AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 8, 9 fotolia.de
S. 15 Swen Reichhold/Universität Leipzig
S. 22 MBR

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787



geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126



BEHINDERUNG

Von der Werkstatt auf den Arbeitsmarkt

Der AWO Bundesverband hat eine Broschüre zum Übergang aus der Werkstatt für behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt veröffentlicht. Für viele Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt arbeiten, ist dies ein geeigneter und angemessener Beschäftigungsort. Gleichwohl hat die Werkstatt im Sinne inklusiver Teilhabe die Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen den Übergang in den Arbeitsmarkt zu fördern. Allerdings liegt die Übergangsquote bundesweit seit vielen Jahren bei lediglich einem Prozent. Ziel der vorliegenden Broschüre ist es, verschiedene Wege aufzuzeigen, wie für Menschen mit Behinderungen, die in einer Werkstatt beschäftigt sind, der Übergang in einen Betrieb des Arbeitsmarktes organisiert werden kann und welche rechtlichen Rahmenbedingungen dafür zur Verfügung stehen. Dabei werden sowohl sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse als auch alternative Beschäftigungsmöglichkeiten im Arbeitsmarkt berücksichtigt.



➔ Fabian Schwarz • Tel 030 / 26309162
fabian.schwarz@awo.org

SEXUELLE VIELFALT

Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität schützen

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat unter dem Motto »Gleiches Recht für jede Liebe« ein Themenjahr für sexuelle Vielfalt ausgerufen. Die AWO begrüßt dies. Für die AWO war und ist das Thema Gleichstellung immer ein zentrales Anliegen. Neben der Gleichstellung von Mann und Frau ist auch wichtig, geschlechtliche und sexuelle Vielfalt anzuerkennen und als gleichwertig zu verstehen. Um die Betroffenen vor Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität zu schützen, fordert die AWO:

1. Bestehende rechtliche Ungleichheiten zu beseitigen und u. a. die Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu öffnen sowie das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften gesetzlich zu verankern.
2. Die Aufnahme des Merkmals sexuelle Identität in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes.
3. Die Aspekte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen stärker in den Fokus zu rücken, bspw. mittels Aufklärungskampagnen, sowie frühzeitige geschlechtszuweisende Operationen an körperlich gesunden Kindern zu verbieten.
4. Eine breite Beteiligung und Unterstützung der Wohlfahrtsverbände und der Zivilgesellschaft, um nationale Aktionspläne gegen Trans-, Bi- und Homophobie in der Mitte der Gesellschaft umzusetzen.

➔ Jannes Hesterberg • Tel 030 / 26309410
jannes.hesterberg@awo.org

HISTORISCHES PORTRÄT

Helene Simon 1862–1947

Helene Simon verfasste Artikel in der Fachzeitschrift »Arbeiterwohlfahrt«. Auf der ersten Reichskonferenz der AW 1921 in Görlitz hielt sie ein Grundsatzreferat zu »Aufgaben und Zielen der neuzeitlichen Wohlfahrtspflege«, das maßgeblichen Einfluss auf den Aufbau der Arbeiterwohlfahrt hatte. Für das Lehrbuch der Wohlfahrtspflege (Hauptausschuss AW 1927) verfasste sie das Kapitel »Voraussetzungen, Begriff und Entwicklung der Wohlfahrtspflege« für zeitgemäße Aufgaben der Wohlfahrtspflege. Ab 1933 bot sie zahlreichen Jüdinnen und Juden und Sozialdemokrat*innen in ihrer Berliner Wohnung eine Anlaufstelle und ein Versteck. 1938 ging sie auf Drängen ihrer Freund*innen mit ihrer Schwester ins Londoner Exil, wo sie bis zu ihrem Tode lebte.

➔ Weitere Informationen
im Historischen Archiv der AWO
www.awo-historie.org





Freuten sich, Bundesministerin Manuela Schwesig in ihrer Mitte auf dem AWO-Neujahrsempfang begrüßen zu können: AWO-Präsident Wilhelm Schmidt (r.) und AWO-Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler.

VERBANDSINFORMATION

Neujahrsempfang mit Ministerin Schwesig

Anfang Januar 2017 fand der Neujahrsempfang der AWO in Berlin statt. Der Präsident der AWO Wilhelm Schmidt begrüßte die fast 200 Gäste: »Diese feierliche Veranstaltung bietet uns Gelegenheit, noch einmal die Ergebnisse und Erfolge des zurückliegenden Jahres Revue passieren zu lassen und einen Ausblick auf die neuen Ereignisse und Aufgaben des Jahres 2017 zu geben. Dies ist umso wichtiger, als dass unsere solidarische Gesellschaft 2017 vor eine Zerreißprobe gestellt wird.« Grund zur Sorge bereiteten ihm dabei vor allem die Wahlen in drei Bundesländern und die Bundestagswahl im September. »Die AWO setzt sich für alle Menschen ein, die Unterstützung benötigen, unabhängig von Herkunft oder Religion. Das entspricht unseren Werten und unserer Überzeugung. Wir stehen für Vielfalt und lehnen jede Form von Rechtspopulismus entschieden ab«, erklärte der AWO-Präsident. Zum Neujahrsempfang geladen waren sowohl haupt- als auch ehrenamtliche Vertreter*innen der AWO sowie hochrangige Vertreter*innen aus Politik, Gesellschaft und anderen Verbänden.

Vonseiten der Bundesregierung überbrachte die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig die besten Neujahrswünsche für die AWO. Sie dankte der AWO in ihrer Festrede für ihr Engagement vor allem auch in Sachen Patenschaften für geflüchtete Menschen. »Die AWO hat mit den über 2.000 gestifteten Patenschaften für geflüchtete Menschen 2016 einen wesentlichen Beitrag zur Integration der zu uns gekommenen Menschen und damit auch für den Zusammenhalt der Gesellschaft geleistet. Ohne die Wohlfahrtsverbände, die eines der Standbeine der Zivilgesellschaft sind, wäre das Engagement in der Gesellschaft nicht möglich. Die AWO ist dabei ein Wegbereiter für und in das freiwillige Engagement für viele Bürgerinnen und Bürger.«

Nach der Begrüßung durch den AWO-Präsidenten Schmidt und der Festrede von Manuela Schwesig bat Wilhelm Schmidt die Gäste zum Abendessen. Bei musikalischer Begleitung konnten sie sich in entspannter Atmosphäre über die vor allen liegenden Herausforderungen des Jahres 2017 austauschen.



WOHLFAHRTSMARKEN

Wie die Bremer Stadtmusikanten deinem sozialen Projekt helfen.

Ende Januar wurden die neuen Wohlfahrtsmarken im Schloss Bellevue von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble an den damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck übergeben. Die Marken zeigen Szenen aus dem Märchen »Die Bremer Stadtmusikanten«. In dem Märchen tun sich vier Tiere zusammen, die »unnütze Esser« geworden sind und deshalb getötet werden sollen: die Katze, die nicht mehr mausen kann, der Jagdhund, dem die Puste ausgeht, der Esel, dessen Rücken schwach wird, und der Hahn, der in die Suppe soll. Die vier brechen in eine ungewisse Zukunft auf, verjagen dank ihren unterschiedlichen Talenten mit vereinten Kräften Räuber aus einem Haus und finden dort zusammen ihr Glück. Eine wunderbare Fabel für unsere Zeit: Wer nicht (mehr) leisten kann und auf sich allein gestellt ist, hat zunehmend das Nachsehen in einer Gesellschaft, die auf Leistung und Konkurrenz pocht. Bei dieser bitteren Feststellung verharrt die Geschichte aber nicht. Sie verweist auf ein wirksames Gegenmittel: Solidarität und Zusammenhalt auf Augenhöhe – auch und gerade wenn vermeintlich große Unterschiede aufeinandertreffen. Damit geben die Bremer Stadtmusikanten dem Kern der AWO eine Gestalt. Deren Werte sind Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Mit dem Verkaufserlös von Wohlfahrtsmarken können soziale Projekte konkret vor Ort unterstützt werden.

➔ Berit Gründler • Tel 030 / 263090
 werbung@awo.org • www.awo.org/wohlfahrtsmarken

AWO INTERNATIONAL

Schutz und Hilfe für Migrierende

Die Migrationsroute von Zentralamerika über Mexiko in die USA gehört zu den gefährlichsten auf der Welt. NGOs schätzen, dass jährlich etwa 400.000 Migrant*innen die mexikanische Südgrenze überqueren. Die Mehrzahl von ihnen stammt aus El Salvador, Guatemala und Honduras. Armut, Gewalt und Perspektivlosigkeit treiben die Menschen in die Flucht. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen setzen wir uns für die Rechte von Migrant*innen ein und klären über Gefahren auf. Zudem unterstützen unsere Partner Rückkehrer*innen sowie die zurückbleibenden Familien, leisten psychosoziale Betreuung und helfen Familien bei der Suche nach ihren vermissten Angehörigen.

➔ Ingrid Leberherz • Tel 030 / 25292772
 ingrid.leberherz@awointernational.de
 www.awointernational.de

Eine Frau findet gemeinsam mit ihrem Kind Unterschlupf in einer Unterkunft für Migrant*innen.



HELFEN SIE!

Unterstützen Sie die Menschen in Haiti mit Ihrer Spende. Vielen Dank!

➔ Spendenkonto AWO International e. V.
 Stichwort: Hurrikan Matthew Haiti
 Spendenkonto 10 11 12
 Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 100 205 00
 IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00
 BIC: BFSWDE33BER

SOZIALES

Bündnis kritisiert Vermögensverteilung in Deutschland

Entschlossene Maßnahmen gegen Ausgrenzung, mehr soziale Sicherheit und mehr Investitionen für Soziales, Bildung, Pflege, Kultur und Jugend fordert ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen in dem gemeinsamen Aufruf »Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!«. Zum Bündnis gehören neben der AWO, Attac, OXFAM, ver.di, GEW, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband auch die Nationale Armutskonferenz sowie über 20 weitere bundesweit aktive Organisationen und Initiativen aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Das Bündnis wirbt für eine »neue, gerechtere Politik« und fordert die stärkere Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften zur Finanzierung des vorgeschlagenen Maßnahmenpaketes. Das Bündnis kündigt an, bis Mitte Februar einen Aktionsplan zur Bundestagswahl vorzulegen.

»Seit Jahrzehnten nehmen weltweit und in Deutschland soziale Ungleichheit, Unsicherheit und Ungerechtigkeit zu«, kritisiert das Bündnis. Die ungleiche Vermögensverteilung gehe einher mit ungleichen Machtverhältnissen und sei damit auch eine ernst zu nehmende Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, warnt das Bündnis in seinem Aufruf.

➔ Sophie Schwab • Tel 030/26309206
sophie.schwab@awo.org

**In Deutschland
sind 16,7 %
der Menschen
armutsgefährdet.**

Quellenangabe:
Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden 2016

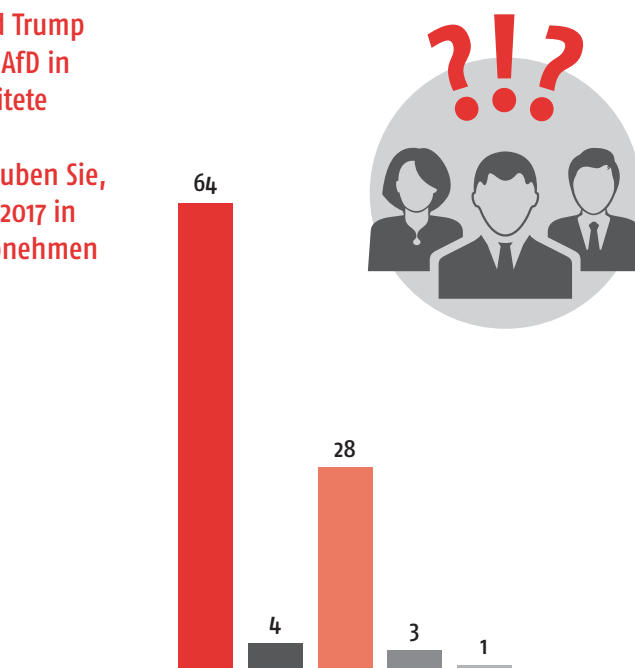


Sorge um Demokratie

Vier von zehn Wahlberechtigten sind laut AWO-Sozialbarometer mit der Art und Weise, wie die Demokratie derzeit in Deutschland funktioniert, weniger zufrieden (28 Prozent) oder gar nicht zufrieden (12 Prozent). Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie korreliert positiv mit dem Haushaltsnettoeinkommen: Je höher das Einkommen, desto zufriedener äußern sich die Menschen. Sorgen bereitet den Menschen insbesondere die soziale Spaltung im Land: 84 Prozent der Befragten treibt die Sorge um, dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird. Zudem sind drei Viertel der Befragten (75 Prozent) über den immer aggressiveren Umgangston in den Medien und im Internet besorgt, der seinerseits zu einer gesellschaftlichen Polarisierung beitragen kann. Der Blick der Bürger*innen auf die politischen Ereignisse und anstehenden Wahlen 2017 ist ebenfalls von Skepsis geprägt: Zwei Drittel der Wahlberechtigten (64 Prozent) rechnen damit, dass die politische Unzufriedenheit, die unter anderem in den Wahlerfolgen der AfD ihren Niederschlag findet, im Jahr der Bundestagswahl eher noch zunehmen wird. Knapp ein Drittel (28 Prozent) geht davon aus, dass das Niveau der Unzufriedenheit in etwa stabil bleiben wird. Demokratie muss sich immer wieder bewähren. Daher ist es in Zeiten ökonomischer, sozialer und politischer Unsicherheiten umso bedeutsamer, auf die Voraussetzungen von Teilhabe und demokratischer Politik eindringlich hinzuweisen. Ungleiche Vermögensverteilung geht oft einher mit ungleichen Machtverhältnissen und ist damit eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier liegen die Ursachen der sozialen und politischen Spaltungen und Probleme. Umso wichtiger ist es etwa, die dominanten Interessen der wirtschaftlich Mächtigen in der Politik einzuhegen. ❤️

Die Entscheidung Großbritanniens, aus der EU auszutreten, der Wahlsieg von Donald Trump in den USA, aber auch die Erfolge der AfD in Deutschland drücken eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit den etablierten Politiker*innen und Parteien aus. Glauben Sie, dass diese politische Unzufriedenheit 2017 in Deutschland eher zunehmen, eher abnehmen oder in etwa gleich bleiben wird?

- Eher zunehmen
- Eher abnehmen
- In etwa gleich bleiben
- Weiß nicht
- Keine Angabe

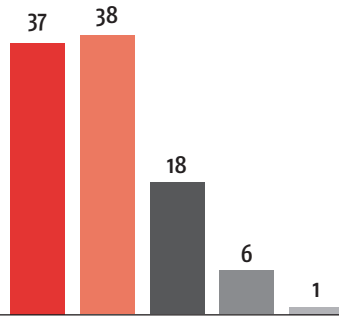


Es gibt ja verschiedene Dinge, über die man sich Sorgen machen kann. Ich lese Ihnen gleich einige Punkte vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Ihnen das Thema sehr große Sorgen, eher große Sorgen, eher geringe Sorgen oder gar keine Sorgen bereitet.



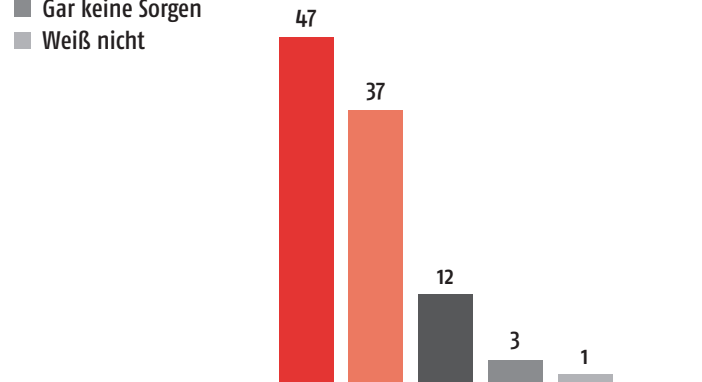
Dass der Umgangston in den Medien und im Internet immer aggressiver wird.

- Sehr große Sorgen
- Eher große Sorgen
- Eher geringe Sorgen
- Gar keine Sorgen
- Weiß nicht



Dass die Schere zwischen Arm und Reich größer wird.

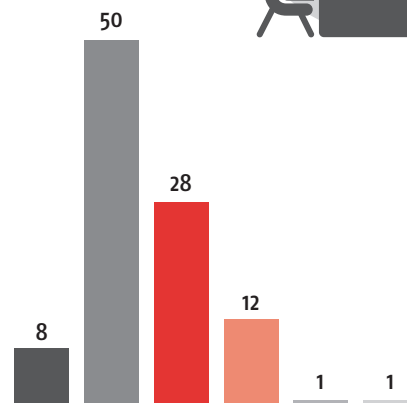
- Sehr große Sorgen
- Eher große Sorgen
- Eher geringe Sorgen
- Gar keine Sorgen
- Weiß nicht



Wie zufrieden sind Sie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland? Würden Sie sagen ...?



- Sehr zufrieden
- Zufrieden
- Weniger zufrieden
- Gar nicht zufrieden
- Weiß nicht
- Keine Angabe



➔ Das AWO-Sozialbarometer fragt einmal im Quartal nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest. Vertiefende Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org. Alle Angaben in Prozent.

VERROHUNG

GERECHTIGKEIT

EXTREMISMUS

MENSCHLICHKEIT

FEINDLICHKEIT

TOLERANZ

GLEICHHEIT

FREIHEIT

SOLIDARITÄT

UNBESCHNEIDENHEIT

FREIHEIT

WAS

Gegen rechts

In der Bekämpfung von Rechtspopulismus und Rechts-
extremismus ist es wichtig, selbstbewusst und konsequent
demokratische Grundpositionen entgegenzuhalten. Dies ist
mühsam und sicher nicht ohne Konflikte zu haben. Inter-
views, Texte und Projektbeispiele des Themenschwerpunkts
nehmen die Schwierigkeiten auf und versuchen Auswege
zu skizzieren.

Haltung zeigen: Für Vielfalt – gegen Einfalt

Mit dem Erstarken der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) und deren Einzug in einige Landtage – so hat es den Anschein – sind größere Teile der Politik, Medienvertreter*innen und Bürger*innen aufgewacht und sensibilisiert: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind jedoch seit geraumer Zeit im Alltag nicht mehr zu ignorieren.

AUTOR*INNEN BRIGITTE MIHOK UND PETER KULEBA

In kurzer Zeit hat sich nach dem Rechtsschwenk der AfD eine unheilvolle Allianz von außerparlamentarischen rechtsradikalen Bewegungen und der AfD gebildet. Der gemeinsame Kurs basiert auf rassistischem Getöse, Hasspropaganda, dem Plädoyer für eine Abschottungspolitik, der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Minderheiten sowie der Hetze gegen vielfältige Lebensformen.

Ängste werden bewusst geschürt

Rechtsextremist*innen und -populist*innen bauen die Zuwanderung und die Flüchtlingsaufnahme zu einer Bedrohungskulisse auf und greifen die Unsicherheiten im Umgang mit dem anderen und die Frustrationen über das eigene Leben in Teilen der Bevölkerung auf, um den Hass gegen Muslim*innen und Flüchtlinge zu schüren. Das Heraufbeschwören solcher Bedrohungsszenarien beruht auf einem rassistischen Weltbild und schlägt sich auch in der wachsenden Gewaltbereitschaft nieder. 2015 sind laut Bundeskriminalamt 1.031

Straftaten (Sachbeschädigung, Gewaltdelikte und Brandstiftungen) gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt worden, 2016 gab es 970 registrierte Übergriffe. Feindseligkeit und Aggression richten sich auch gegen Journalist*innen, Politiker*innen, Kirchenvertreter*innen und jene freiwillig Engagierten, die sich für Menschenrechte einsetzen. Sie werden angegriffen, eingeschüchert und bedroht. Immer besorgniserregender ist die Tatsache, dass zunehmend »offen rassistische Äußerungen und Handlungen auch von Personen begangen werden, von denen keinerlei Verbindung zum Rechtsextremismus bekannt ist«, wie es der Jahresbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte festhält.

Rassistische Einstellungen und Gewalt sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Toleranz und Achtung der Menschenwürde unvereinbar. Angesichts der Zunahme von Hasskriminalität und des Erstarkens rechtspopulistischer und extremistischer Bewegungen sind Staat, Politik und Zivilgesellschaft, um nicht zu sagen: alle demokratisch gesinnten Menschen herausgefordert, ihr bisheriges Engagement zu verstärken und weiterhin gemeinsam für die Achtung der Menschenrechte einzutreten.

DIALOG
GEWALT
INTEGRATION

Für die AWO ist Engagement gegen Rechtsextremismus eine dauerhafte Aufgabe. Es zählt nicht die Größe einer rechtsextremen Gruppe oder die Anzahl ihrer Mandatsvertretungen auf kommunaler Ebene, sondern deren rassistische und volksverhetzende Einstellung. Parteien, Organisationen, Gruppierungen und einzelne Personen, die rassistisch motivierte Straftaten verüben, die die Menschenwürde verletzen und eine Wesensverwandtschaft mit der Ideologie des Nationalsozialismus aufweisen und demokratische Wertevorstellungen gefährden, werden entschieden abgelehnt.

Magdeburger Appell

Die AWO hat bereits im Jahr 2007 mit dem »Magdeburger Appell« beschlossen, gegen jede Form rechtsextremer Ideologie Position zu beziehen. Neben den bereits laufenden Projekten und Initiativen der Landes- und Bezirksverbände wird die vom Präsidium eingesetzte »Kommission gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ihre Tätigkeit neu ausrichten, ausweiten und eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Themenfeld festschreiben. Für das Jahr 2017 stehen folgende Maßnahmen und Vorhaben des Verbandes im Mittelpunkt:

VERANSTALTUNG ZUM THEMA

AWO-Diskussionsforum »Vorurteile - Ressentiments – Populismus« am 21. März 2017 in Berlin

Auf dem Forum referieren und diskutieren Dennis Rohde (MdB und Vorsitzender der Kommission gegen Rechtsextremismus der AWO), Prof. Dr. Wolfgang Benz (Historiker, ehem. Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin), Wolfgang Thierse (Bundestagsvizepräsident a.D.), Britta Hilpert (Leiterin ZDF-Landesstudio Brandenburg, Vorstandsmitglied »Reporter ohne Grenzen«), Andrea Röpke (Journalistin und Rechtsextremismus-Expertin), Dr. Britta Schellenberg (Politikwissenschaftlerin), Gerwin Stöcken (Mitglied des Präsidiums AWO Bundesverband), Brigitte Döcker (Vorstandsmitglied AWO Bundesverband). Tagesmoderation: Alfred Eichhorn

- Die Umsetzung wichtiger Beschlüsse der AWO-Bundeskonzferenz 2016 gegen Rassismus und Rechtsextremismus.
- Die Etablierung eines Diskussionsforums »Vorurteile, Ressentiments und Populismus«, das in diesem Jahr am 21. März in Berlin stattfindet.
- Die Intensivierung der Arbeitstreffen von Praktiker*innen aus der Arbeit »AWO gegen Rassismus«.
- Die Herausgabe der Broschüre »Argumente und Handlungsempfehlungen gegen rechtsextreme Einstellungen«.
- Mitherausgabe der »Handreichung gegen Rechtsextremismus«, die in Kooperation mit vier weiteren Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege konzipiert und vorbereitet wurde und im Juni dieses Jahres erscheint.

Aufgrund eigener historischer Erfahrungen und ihrer demokratischen Grundüberzeugung stellt sich die AWO gegen jede Vorstellung, die Menschen in vermeintlich minderwertige Gruppen einteilt oder ausgrenzt. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Dies kann in der gegenwärtigen Lage nicht oft genug betont werden. ❤️

➔ Dr. Brigitte Mihok • Tel 030 / 26309178
brigitte.mihok@awo.org

MEID
BILDUNG
HEIßE

Exportmacht als Selbst- erhöhung

Mit der sogenannten Leipziger »Mitte«-Studie 2016 liegt die aktuelle Erhebung der seit 2002 alle zwei Jahre durchgeführten repräsentativen Umfrage vor. Demnach haben sich zwar klassisch rechtsextreme Einstellungen in Deutschland in den vergangenen Jahren kaum verändert. Gleichzeitig aber wächst die Abwertung von Asylbewerber*innen, Muslim*innen sowie Sinti und Roma. Ein Gespräch mit einem der Verantwortlichen der Studien, dem Soziologen und Sozialpsychologen Oliver Decker.

INTERVIEW PETER KULEBA

Herr Dr. Decker, was sind in dem Untersuchungszeitraum der Leipziger Mitte-Studie seit 2002 für Sie die zentralen Erkenntnisse?

DECKER Das Interessante ist, dass wir einerseits eine sehr stabile rechtsextreme, ausländerfeindliche Einstellung feststellen können, die von 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung bundesweit geteilt wird. Wir beobachten trotz des immer noch hohen Wertes einen auf die lange Sicht kontinuierlichen Rückgang rechtsextremer, ausländerfeindlicher Einstellungen. Das heißt, generalisierte Vorurteile gegen Migrant*innen nehmen ab. Gleichzeitig ist es aber so, dass die Abwertung spezifischer Gruppen zunimmt. Die, wie wir es nennen, autoritäre Aggression gegen Fremde oder scheinbar anderes nimmt also nicht ab, sie verschiebt sich und verdichtet sich nur auf bestimmte Gruppen. Derzeit sind es vor allem Dinge Geflüchtete und Muslime. Ebenso sind Sinti und Roma ein sehr prominentes Objekt der autoritären Aggression.

Seit den 1970er- und 1980er-Jahren gab es zwei große verschiedene Entwicklungen. Zum einen die gesellschaftliche Liberalisierung und zum anderen den Beginn einer Phase eines neoliberalen Marktverständnisses, in deren Zuge wohlfahrtsstaatliche Grundsicherheiten abgeschafft oder konditional gemacht wurden. Ist die Zunahme von sozialer Unsicherheit in immer größeren Teilen der Bevölkerung ein Teil des Nährbodens für Menschen, das Fremde abzulehnen?

STUDIE



Die enthemmte Mitte

Seit 2002 werden alle zwei Jahre repräsentative Befragungen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt. Für die inzwischen sogenannte Leipziger »Mitte«-Studien werden deutsche Staatsbürger*innen in ihren Wohnungen von Interviewer*innen mit standardisierten Fragebögen zu ihren politischen Einstellungen befragt. Kernelement ist seit 2002 ein Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung, der immer wieder mit anderen Fragebögen ergänzt wurde und wird. So konnte im Verlauf der letzten 14 Jahre die Entwicklung der politischen Einstellung, von Rechtsextremismus, Vorurteilen und autoritärer Orientierung dokumentiert und ihre Einflussfaktoren bestimmt werden.

➔ Die aktuelle Ausgabe 2016 ist im PsychoSozial-Verlag erschienen.
ISBN-13: 978-3-8379-2630-9, 19,90 Euro

DECKER Ja. Die Liberalisierung der Gesellschaft ist natürlich auch einhergegangen mit einer Wirtschaftsliberalisierung. Einerseits wurden Menschenrechte von Kindern, Frauen, Schwulen und Lesben gestärkt, andererseits gingen auch Schutzrechte verloren, die der Einzelne gegenüber der Gesellschaft genossen hatte. Das waren immer exklusive Schutzrechte, die aber abgebaut worden sind. Verloren gegangen sind Garantien, die auf gerechter Verteilung des Wohlstands basierten. Und jetzt wird es interessant: Werden die Leute jetzt rechtsextrem, weil sie weniger im Portemonnaie haben? Nach den vorliegenden empirischen Befunden ist der Zusammenhang viel vermittelter, es geht nicht so sehr darum, was die Menschen selber vom Kuchen abbekommen. Der Zusammenhang ist komplizierter. Ein erster Hinweis auf die Dynamik der neuen autoritären, rechten Bewegung ist: Alles, worüber wir gerade im Kontext wirtschaftlicher Liberalisierung sprechen, wurde vielfach ohne Weiteres anerkannt und akzeptiert.

Inwiefern?

DECKER Nehmen Sie das Wort Wirtschaftsstandort. Es beinhaltet schon nationale Konnotationen. Im Zuge etwa der Hartz-IV-Reform und sämtlicher Liberalisierungsprozesse haben Betroffene auf die Realisierung eigener Lebensentwürfe und Wünsche verzichtet. Das war nie ohne Verrechnungskosten zu haben. Es bedeutete immer auch, dass es eine Gratifikation an einer anderen Stelle braucht. Und das ist nicht zuletzt die Identifikation mit der Macht und Stärke deutscher Wirtschaft und des Standorts. Das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum hat sich in manchen Bereichen zuungunsten des Letzteren verschoben. Allein das ist für eine offene Gesellschaft schon gefährlich.

Was blieb, war die Identifikation mit der Autorität, die diese Verschiebung legitimierte. Hier sind wir an einem wichtigen Punkt, um die Aggression gegen Geflüchtete zu verstehen: Sie rufen die Fantasie wach, dass sie das bekommen, worauf man selbst verzichtet hat. Es ist nicht einfach nur die Empörung darüber, dass man weniger vom Wohlstand hat, sondern diese Empörung richtet sich als Wut auf diejenigen, die die Fantasie wachrufen, jetzt das schöne Leben zu haben, sich nicht der wirtschaftlichen Autorität unterworfen zu haben. Sozialpsychologisch gedacht: Die Identifikation kann zwar entschädigen für den eigenen Verzicht,

aber die Wut, dass man selber die ganze Zeit auf die eigenen Wünsche verzichtet hat, bleibt weiter bestehen. Das sind Ressentiments und ist eben nicht einfach nur eine Form von Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Ist das ein Erklärungsmuster für die Wahrnehmung der von Ihnen beschriebenen Menschen, wonach die Exportmacht Deutschland für sie gut ist, gegenüber anderen?

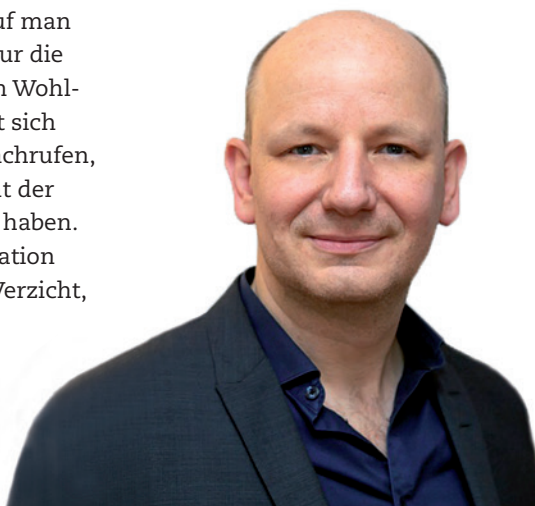
DECKER Die Exportmacht ist vor allen Dingen gut, weil sie im beschriebenen Sinne eine Form von identifikatorischer Größe und Selbstwerterhöhung ist. Sie gestattet, sich als Teil von etwas Großem zu erleben, der »Deutschen Nation« etwa; und dies funktioniert vor allem in Relation zu anderen Gruppen, die konstruiert werden. Etwa der oftmals – völlig zu Unrecht – ins Feld geführte »faule Südländer«.

Sind wir hier an einem Punkt, wo Extremisten sagen, dass sie die Wahrheit und das wahre Volk vertreten und alle anderen, die da nicht mitmachen oder dagegen sind, eben das nicht sind?

PD DR. OLIVER DECKER

PD Dr. Oliver Decker ist Vorstand und Sprecher des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung an der Universität Leipzig und Leiter des Forschungsbereichs Gesellschaftlicher und medizinischer Wandel an der Universität Leipzig.

➔ oliver.decker@medizin.uni-leipzig.de



DECKER Ja. Etwas von dieser homogenen Schicksalsgemeinschaft steckte schon in dem Wort »Standort«. Und das erleichtert es nun genau diesem völkischen Denken, in die Köpfe zu kommen. Ganz zufällig war es natürlich nicht, dass die Betonung des Standortes so leicht ihren Adressaten fand. Sie konnte an eine latent vorhandene »Volks«-Vorstellung bei vielen anknüpfen. Es gab und gibt Menschen, die jenseits aller liberalen Fortschritte im gesellschaftlichen Alltag ganz andere Vorstellungen von der Gesellschaft haben, in der wir leben sollten. Wir stellen ja fest, dass Menschen, die eine autoritäre Gesellschaft wollen, allem Anschein nach nicht mehr geworden sind. Aber sie artikulieren sich jetzt als Gruppe. Und dadurch bekommen sie natürlich eine gewisse politische Stärke. Derzeit gibt es mit der AfD eine Partei, die die organisatorische Basis für die unterschiedlichen und nicht immer nur rassistischen und anti-modernen, aber durchaus anderen Vorstellungen von Gesellschaft bereithält.

Andererseits, und das sollte man auch immer betonen: Es gibt immer noch viele Menschen, die wissen, was sie an der pluralen Gesellschaft haben, und die organisieren sich gegen das nationale, völkische und rechtsextreme Denken.

Zur AfD. Sie zeigen in Ihrer aktuellen Studie 2016, dass das Wählerpotenzial der AfD bei jenen Menschen zu verorten ist, die deutlich rechtsextreme und vorurteilsverhaftete Einstellungen haben. Passt dies auch zur Partei und deren Verständnis?

DECKER Ja. Sehr viele der AfD-Repräsentanten sind bekennd offen völkisch, antisemitisch oder rassistisch orientiert. Die bieten sich damit als Identifikation an. Und, ganz wichtig: Die Repräsentanten der AfD kommen selber aus jenen Wählerschichten, die angesprochen werden sollen. Dies war und ist bei dem Personal der NPD nicht so gewesen. Manch AfD-Kandidat aus Sachsen unterscheidet sich inhaltlich von der NPD substantiell kaum, aber sie wissen, wie ein Gericht funktioniert, wie ein Ministerium funktioniert, wie man Parlamentsarbeit organisieren muss. Auch das erhöht

tatsächlich die Akzeptanz der AfD und macht sie für jene wählbar, die rassistisch-völkischen Gesellschaftsvorstellungen anhängen, aber denen die NPD nicht seriös genug auftrat.

Warum fällt es anderen Parteien oder Organisationen der Zivilgesellschaft so schwer, schlüssige Gegenstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus und/oder auch der AfD zu entwickeln?

DECKER Das liegt einmal natürlich im Gegenstand begründet. Die AfD wie auch rechtsextreme Bewegungen sind ja selbst kein homogener Block. Das heißt, man muss genau hinschauen und immer wieder aufs Neue analysieren, womit haben wir es zu tun? Wo liegt der inhaltliche Schwerpunkt der Politik einer Partei oder dieses Menschen? Das ist eine große Herausforderung, weil es auch immer wieder die Beschäftigung mit der eigenen Position erfordert. Es ist notwendig, wenn man die eigenen manchmal in Alltagsvorstellungen tief sitzenden rassistischen oder exklusiven Denkgewohnheiten selber bemerkt und hinterfragt. So hätte man sich in der Vergangenheit beispielsweise vor Augen führen müssen, dass die Reden vom Wirtschaftsstandort Deutschland immer schon nationalistische Einsprengsel hatten und dass es deswegen auch so leicht ist, plötzlich die Logik aufzugreifen und in eine andere Richtung weiterzuführen. ♡

RESPEKT
TZWNA
OFFENHEIT

Helfer*innen im Alltag helfen

Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren, ernten längst nicht mehr nur Anerkennung, sondern stoßen zunehmend auf Unverständnis bis hin zu Anfeindungen. Der AWO Kreisverband Mettmann möchte ehrenamtliche Pat*innen und Engagierte der Flüchtlingsarbeit für solche Situationen wappnen.

AUTORIN MIRIAM ROSIN

Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren, ernten längst nicht mehr nur Anerkennung, sondern stoßen zunehmend auf Unverständnis bis hin zu Anfeindungen. Der AWO Kreisverband Mettmann möchte ehrenamtliche Patinnen und Paten, aber auch andere Engagierte der Flüchtlingsarbeit darin stärken, für solche Situationen gewappnet zu sein. Neben dieser Befähigung der Helfer*innen zu einer selbstbewussten »Notwehr« ist es ihm auch daran gelegen, die zivilgesellschaftliche Gegenstimme zu stärken.

KONTROLLE
WISSEN
UNWISSEN

Gegen Sprachlosigkeit

Die meisten Menschen kennen die Situation, mit Äußerungen konfrontiert zu werden, die einem zunächst mal »die Sprache verschlagen«. Manche werden vielleicht Zeugin oder Zeuge von herabwürdigenden Äußerungen und trauen sich nicht einzuschreiten. Gerade in Zeiten, in denen rassistische und menschenverachtende Positionen drohen, wieder in die Mitte der Gesellschaft zu rücken, ist jede Stimme dagegen immens wichtig. Deshalb möchte die AWO im Kreis Mettmann engagierte Menschen für ressentimentgeleitete Äußerungen in ihrem Umfeld sensibilisieren und dazu ermutigen, dem etwas entgegenzusetzen. Geplant sind hierzu verschiedene Aktionen. Im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus wird es zunächst ein Training im Umgang mit Stammtischparolen geben. Karsten Wilke von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus NRW wird mit den Teilnehmenden konkrete Handlungsstrategien und rhetorisches Rüstzeug erarbeiten. Die Ehrenamtlichen haben die Gelegenheit, ihre Erfahrungen auszutauschen und ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, was hinter solchen Parolen steckt, wie Vorurteile als System funktionieren – und wie man sich ihnen entgegenstellen kann. Zusätzlich ist im Laufe des Jahres auch eine Veranstaltung geplant, die einen etwas spielerischen Zugang zum Thema bietet und im Rahmen einer Theateraktion mit Schauspieler*innen und Rhetoriktrainer*innen den Beteiligten auf humorvolle Weise das notwendige »Mundwerkszeug« vermittelt. Hiermit möchte der Verband auch ein breiteres Publikum erreichen und ermutigen.

Engagierte unterstützen

Die geplanten Trainings im Umgang mit rassistischen Parolen reihen sich beim AWO Kreisverband Mettmann in ein breites Unterstützungsangebot ein. Schulungen zu Themen wie Asylrecht, Arbeitsmarktzugang, Umgang mit Traumatisierungen, Unterstützung von Kindern und Familien oder interkulturelle Kompetenz wurden von den Helfenden bereits dankbar angenommen. Ohne die vielfältige Hilfe von Freiwilligen wäre eine gute Versorgung und Integration von Flüchtlingen vielerorts gar nicht möglich. Umso wichtiger ist es, engagierte Menschen mit ihren Fragen nicht allein zu lassen und sie in ihrer Motivation zu stärken. Helfenden helfen ist daher das Motto. ❤️

➔ Miriam Rosin • Tel 02104 / 970757
miriam.rosin@awo-kreis-mettmann.de
www.awo-kreis-mettmann.de



Unter dem Motto »Ein offenes Herz kennt keinen Rassismus« wurde auf der AWO-Bundeskonferenz Ende November 2016 in Wolfsburg eine neue Aktion des Bundesjugendwerks der AWO präsentiert. Mehr dazu unter www.bundesjugendwerk.de

Laute Musik gegen rechts

Das AWO Bezirksjugendwerk Braunschweig organisiert unter anderem Konzerte gegen rechts. Mit welchen Reaktionen, Herausforderungen und guten Erlebnissen, darüber berichten Katja Holzapfel und Thomas Schwarze.

AUTOR*INNEN KATJA HOLZAPFEL UND THOMAS SCHWARZE

Unter dem Motto »Jugendarbeit rockt!« organisierte das Bezirksjugendwerk der AWO Braunschweig eine bunte, offene, tolerante, vielfältige Veranstaltungsreihe an drei Abenden im Oktober 2016 u.a. mit drei »Konzerten gegen rechts«. Damit war es uns eine Herzensangelegenheit, die Grundwerte des Jugendwerks einmal mehr praktisch zu leben und klare Kante in der gegenwärtigen politischen Positionierung zu zeigen. Die komplette Woche wurde in Eigenregie eines 10-köpfigen ehrenamtlichen Teams sowohl geplant, durchgeführt als auch nachbereitet.

Anfeindungen von rechts

Nachdem wir unsere Veranstaltung auf Facebook geteilt haben, wurden wir massiv vom sog. Nationalen Widerstand Niedersachsen Ost (NWNO), einer rechten Bewegung im Raum Salzgitter, bedroht

und sie kündigten eine Verhinderung unserer Veranstaltungen an. Wir haben sofort Anzeige bei der Polizei erstattet und die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen aufgenommen. Nachdem angekündigt wurde, dass der NWNO mit vielen Kamerad*innen versuchen wird, unsere Konzerte zu boykottieren, und uns einen »schönen Empfang« bereiten würde, stellten wir Kontakt zur Stadtverwaltung her, die uns kurzfristig am ersten Konzerttag informierte, dass der NWNO eine Mahnwache vor unserem Veranstaltungsort abhalten wolle. Auch Funktionäre der Braunschweiger rechten Szene, unter anderem aus dem Bereich der Jungen Nationalen, wurden gegen unsere Veranstaltung mobilisiert, jedoch sind aus diesem Kreis keine Leute aufgetaucht.

Gegenmobilisierung

Die IG-Metall-Jugend Salzgitter wurde in der Vergangenheit selbst vom NWNO bedroht, mobilisierte also ebenfalls zu unserem Konzert und beteiligte sich finanziell an den Kosten als Unterstützer. Am ersten Konzertabend standen dem NWNO, der mit 3 Männern und 4 Frauen eine Mahnwache abhalten wollte, rund 250 Konzertbesucher*innen entgegen. Aus der ganzen Region reisten Gegendemonstrant*innen an, um den Rechten zu zeigen, dass wir keine Angst vor ihnen haben und uns nicht vertreiben lassen. Lediglich 10 Minuten harrten die Mitglieder des NWNO aus, dann flüchteten sie in ein nahe gelegenes Einkaufszentrum. Seit Ende Oktober gibt es keine Facebook-Beiträge dieser Gruppierung mehr und auch die Webseite wurde entfernt. Wir hoffen, dass es diese rechte Gruppierung nicht mehr gibt und dass klar wird, dass es für Rassismus bei uns keinen Platz gibt.

Bücher zum Thema

Ziele

Das Ziel der Konzertreihe ist vielschichtig. Zum einen sollten die Konzerte eine klare Positionierung gegen rechts und die aktuelle politische Entwicklung sein, aber auch (junge) Menschen für die großartige und zum Teil beschwerliche und nervenzehrende Arbeit, dem braunen Mob immer wieder entgegenzutreten, zu belohnen. Wie oft haben wir schon gegen die Hetzer*innen demonstriert, bei eisiger Kälte stundenlang ausgeharrt, sind in großer Hitze für eine offene und multikulturelle Gesellschaft eingestanden? Was verbindet uns mehr, als zusammen die Musik zu genießen, tolle Gespräche bei einem kalten Getränk zu führen, Netzwerke aufleben zu lassen, neue Kontakte zu knüpfen und, am wichtigsten, zu erfahren, dass wir alle zusammen für die gleiche Sache eintreten und nicht allein kämpfen müssen. Alle Bands haben sich klar gegen rechts ausgesprochen und trotz massiver Drohungen für und mit uns eine tolle Zeit verbracht, in der auch klar wurde, dass es sich nicht um eine regionale Gefahr handelt, sondern sowohl in ganz Deutschland als auch in Europa der Einfluss und Zuwachs der Rechten spürbar ist.

Es ist uns eine Herzensangelegenheit und beschreibt unsere Grundhaltung, aufgrund unserer gelebten Werte aktiv gegen rechte Strukturen und Meinungen einzustehen, und wir lassen uns weder einschüchtern noch vertreiben! Solidarität geht über Vereinsstrukturen hinaus, und diese konnten wir in dieser Zeit sowohl durch die IG-Metall-Jugend Salzgitter als auch die vielen Menschen vor Ort und mit Unterstützung und Zuspruch, auf welchen Wegen er uns auch immer erreicht hat, spüren! Mit einem so bunten, toleranten und lebensfrohen Bezirk macht die Arbeit Spaß und zeigt, dass es sich trotz Rückschlägen immer lohnt, den Kampf gegen rechts nicht aufzugeben!

Wir freuen uns schon riesig auf das nächste Jugendarbeit rockt! gegen rechts im Forellenhof Salzgitter am 13. Oktober 2017! ❤️

➔ Bezirksjugendwerk der AWO Braunschweig
Tel 0531/2351145 • bjwbs@gmx.net



Gegen den Hass

In einer zunehmend polarisierten, fragmentierten Öffentlichkeit dominiert vor allem jenes Denken, das Zweifel nur an den Positionen der anderen, aber nicht an den eigenen zulässt. Diesem dogmatischen Denken, das keine Schattierungen berücksichtigt, setzt Carolin Emcke ein Lob des Vielstimmigen, des »Unreinen« entgegen – weil so die Freiheit des Individuellen und auch Abweichenden zu schützen ist. Allein mit dem Mut, dem Hass zu widersprechen, und der Lust, die Pluralität auszuhalten und zu verhandeln, lässt sich Demokratie verwirklichen, so die Autorin.

➔ S. Fischer Verlag,
ISBN 978-3-10-397231-3, 20,00 Euro



Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden

Der Band fasst Forschungsergebnisse zu sozialraumbezogenen Analysen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und der Engagementbereitschaft gegen Rechtsextremismus zusammen. Er befasst sich mit den Zusammenhängen zwischen sozialräumlichen Gegebenheiten und demokratiegefährdenden Abwertungsprozessen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen. Diese Analysen werden mit Erhebungen zu rechtsextremen Strukturen auf lokaler Ebene verknüpft.

➔ Verlag BeltzJuventa,
ISBN:978-3-7799-1500-3, 34,95 Euro



Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände

Sind rechtsextreme Orientierungen wieder angestiegen? Wie weit reichen sie in die Mitte der Gesellschaft? Richtet sich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor allem gegen Asylsuchende oder auch gegen andere (schwache) Gruppen? Wird die Gesellschaft von Demokratie zweifeln gespalten? Antworten gibt eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

➔ Dietz Verlag,
ISBN 978-3-8012-0488-4, 12,90 Euro

Für Toleranz und Solidarität

Aufgrund rassistischer Proteste hat sich in Rostock im August 2016 das Netzwerk »Groß Klein für Alle« gegründet. Mit Erfolg.

AUTORIN MAREN MÜLLER



Mit dem Logo ein Zeichen für Vielfalt setzen.

Der Stadtteil Groß Klein ist eine Plattenbausiedlung im Nordwesten der Hansestadt Rostock mit einer recht überschaubaren sozialen Infrastruktur. Der Anteil der ausländischen Einwohner*innen betrug Ende 2015 etwa 6 Prozent. Immer wieder gab und gibt es rassistisch motivierte Aktionen wie Nazikundgebungen oder öffentliche Koranverbrennungen, die gegen ein solidarisches und tolerantes Miteinander im Stadtteil wirken. Dazu kommt ein Alltagsrassismus, dem nicht nur wir in unserer Arbeit begegnen, sondern auch Kolleg*innen anderer Stadtteile.

Netzwerkgründung

Aufgrund dieser rassistischen Proteste hat sich das Netzwerk »Groß Klein für Alle« im August 2016 gegründet. Mitglieder sind soziale Institutionen und Einrichtungen sowie engagierte Anwohner*innen des Stadtteils. Das Netzwerk will nicht zulassen, dass Rassismus und Rechtsextremismus in Groß Klein weiter Fuß fassen. Groß Klein ist ein bunter, vielfältiger Stadtteil, in dem alle Anwohner*innen respektiert werden. Dieses Bild in die Öffentlichkeit zu tragen und die Zivilgesellschaft weiter zu stärken, sind Anliegen von »Groß Klein für Alle«. Das Netzwerk trat im Rahmen des Familienfestes am 30. Oktober 2016 am AWO-Jugendzentrum 224 erstmals in die Öffentlichkeit.

Um diese Position auch sichtbar zu machen, wurde ein Logo genutzt, welches bereits in anderen Städten Mecklenburg-Vorpommerns zum Einsatz kam. Dieses Logo hängt sichtbar für die Bevölkerung an Türen oder Fenstern der beteiligten Träger und Einrichtungen. Somit ist für die Anwohner*innen des Stadtteils auch klar, welche Position Träger und Initiativen vertreten. Dies erkennen natürlich auch Menschen, die nicht für eine offene Gesellschaft eintreten. Menschen, die offen rassistisch und fremdenfeindlich im Stadtteil Groß Klein und in der Hansestadt Rostock agieren.

Anfeindungen »im Netz«

Bisher kam es nicht zu persönlichen Übergriffen auf Mitglieder des Netzwerkes, wohl aber zu verbalen Anfeindungen via Facebook zum Beispiel. Folgende Zeilen waren in Bezug auf die Vorstellung des Netzwerkes in der Stadtteilzeitung, die vom Stadtteil- und Begegnungszentrum Bürgerhaus herausgegeben wird, zu lesen:

»Hier mal wieder was krankes aus Groß Klein und Umgebung. Die Titelseite und die Artikel zu Multi Kulti Trallala, der so genannten ›Stadtteilzeitung‹ können sich die heuchelnden Klatscher und Tedybär verteilenden Artikelverfasser gerne mal da hin schieben, ›wo die Sonne nie scheint.«

»Wir sind auch gespannt wenn die Abschiebung einiger bevor steht, was dann wohl los ist. Sicherlich Herzkasper und Schnappatmung bei ›Groß Klein für Alle‹ und danach ne 1a psychologische Betreuung zur Bewältigung ihres Traumas.«
(Facebookseite der Patrioten Rostock/Rügen/Stralsund, 8.12.16)

In erste Linie stärkt es unser Netzwerk und unsere Arbeit. Jede*r einzelne Akteur*in im Bündnis muss sich die Frage stellen, welche Antworten auf komplexe Fragestellungen wir haben, um auch Alternativen zu bieten und Menschen nicht zu den einfachen Lösungen von Patriot*innen, Nazis und Rechtskonservativen zu treiben. Klare Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen, sei es über die Presse, über Veranstaltungen oder die Teilnahme an Demonstrationen, ist unser Anliegen. Dieses Jahr jährt sich der Pogrom in Lichtenhagen zum 25. Mal. So etwas soll in dieser Stadt und anderen Städten nie wieder geschehen, und dafür setzen wir uns ein. ❤️

AWO Sozialdienst Rostock GmbH,
Maren Müller, Leitung Ehrenamt Flüchtlingshilfe/
Projektentwicklung • Tel 0381/1270156
maren.mueller@awo-rostock.de

Keine Chance für Rassismus



Im Zuge der Veröffentlichung eines Positionspapiers der AWO zum Umgang mit der AfD wurde dem Verband vorgeworfen, demokratische Freiheitsrechte von Mitarbeiter*innen zu beschneiden. Dem widerspricht der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler an dieser Stelle.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Herr Stadler, seit den Erfolgen der AfD bei Landtagswahlen 2016 ist der politische Rechtsruck deutlich erkennbar. Was erwarten Sie in dieser Situation von »Ihrem« Verband?

Die AWO wurde 1933 von den Nazis zerschlagen. Viele der damaligen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen waren in Konzentrationslagern oder mussten fliehen; mussten all ihr Hab und Gut und geliebte Menschen hinter sich lassen. Das prägt unsere Organisation. Dies nicht nur im Verständnis und im Umgang mit Geflüchteten, sondern auch in der Sensibilität gegenüber Rechtspopulismus, Rechts extremismus und Alltagsrassismus und den damit einhergehenden Gefahren für den demokratischen Zusammenhalt in Deutschland.

2 Wie geht die AWO als Organisation mit Menschen um, die sich etwa zu einer Partei wie der AfD bekennen oder mit ihr sympathisieren?

Wir hatten dazu bereits einige Debatten und »Shitstorms« zu überstehen, weil wir angeblich politisch Andersdenkende diskriminieren. Das ist natürlich totaler Humbug. In unzähligen Vorstellungsgesprächen, die ich seit über 30 Jahren für die AWO führen konnte, habe ich mich nie nach der politischen Einstellung oder dem Wahlverhalten der Bewerber*innen erkundigt. Das ist Privatsache. Und so wird es auch in der AWO insgesamt gehandhabt. Wo wir allerdings deutlich werden, ist dann, wenn sich Mitarbeiter*innen rassistisch oder menschenverachtend äußern oder offensiv als AfD-Mitglied zu erkennen geben. In dem Moment suchen wir das Gespräch mit den Betroffenen.

3 Das bedeutet konkret?

Jeder Fall wird individuell und differenziert geprüft. Die weitere Reaktion der AWO hängt auch davon ab, in welchem Arbeitsfeld jemand beschäftigt ist. Welche Funktion er oder sie innehat. Das sind natürlich wichtige Kriterien. Aber – und das ist für mich von zentraler Bedeutung: Wir wollen nicht zulassen, dass sich jemand menschenverachtend oder rassistisch äußert und diese Einstellung dann womöglich in seine oder ihre Arbeit oder freiwilliges Engagement einfließt. Das kann und wird es mit uns nicht geben. ❤️



WOLFGANG STADLER

Wolfgang Stadler ist seit 2010 Vorsitzender des Vorstandes des AWO Bundesverbandes e.V. Zuvor war er von 1993 bis 2009 Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Ostwestfalen-Lippe e.V.

Klare Positionen beziehen

Eine klare Haltung zu entwickeln gegen rassistische, antisemitische und rechtsextreme Äußerungen ist wichtig in der Auseinandersetzung mit Diffamierungen und Bedrohungen von rechts.

AUTORIN BIANCA KLOSE

In den letzten Jahren sind rassistische, nationalistische, antisemitische und antidemokratische Tendenzen in unserer Gesellschaft auf erschreckende Weise sichtbar geworden. Es gibt eine sprunghafte Zunahme von Gewalttaten, Beleidigungen und Bedrohungen. Nicht nur auf der Straße, auch im Internet und in den sozialen Medien gibt es eine ungeheure Zunahme an Diffamierungen und Bedrohungen von rechtsextremer und rechtspopulistischer Seite. Betroffen sind vor allem Migrant*innen, aber auch deren Unterstützer*innen, demokratische Politiker*innen, Journalist*innen und zivilgesellschaftliche Strukturen.

Wie sollen wir damit umgehen? Es gilt, vor allem drei Aufgaben zu erfüllen. Sie ergeben eine Art Dreischritt:

1. diskriminierende Äußerungen überhaupt als solche erkennen,
2. sie klar und offen benennen und
3. eindeutig Stellung gegen sie beziehen.

Beim Erkennen gibt es zwei Schwierigkeiten. Zum einen sind rassistische, antisemitische, frauenfeindliche, homophobe etc. Äußerungen oft sehr schwer als solche zu erkennen, weil sie bewusst versteckt und indirekt eingesetzt werden. Sie sind getarnt, codiert oder nur angedeutet. Der Verweis, dass »man in Deutschland ja bestimmte Sachen nicht offen sagen dürfe«, ist nur ein Beispiel dafür. Das Codieren und das indirekte Reden führen dazu, dass der Diskurs ständig in Bewegung ist und ständig verschoben wird. Insbesondere auf bestimmten Internetseiten und in Kommentaren geäußert, auf Facebook, in Online-Petitionen, in Foren

BIANCA KLOSE



Bianca Klose ist Geschäftsführerin des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V. Im Juni 2001 gründete sie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), die sie bis heute leitet.

und Blogs, auf Twitter usw. gibt es, zum zweiten, sehr viele offene Äußerungen. Diese finden eine rasante Verbreitung, gehen aber auch mit einer zumindest relativen Anonymität einher. Selbst wenn es sich dann um eindeutig diskriminierende Äußerungen handelt, ist ein Nachvollzug und Umgang damit oft schwer.

Die zweite Aufgabe ist, diese Äußerungen nicht nur zu erkennen, sondern auch klar zu benennen. Es ist demnach wichtig, nicht nur klar und offen zu sagen, dass etwas flüchtlingsfeindlich, homophob, sexistisch etc. ist, sondern auch zu zeigen, warum andere Menschen beleidigt und gedemütigt werden und wie das funktioniert. Es muss klar werden, inwieweit solche Äußerungen homogene Gruppen konstruieren (»die Ausländer«, »der Islam«, »die Schwulen«, »die Juden«) und auf welche Weise sie diese Gruppen zugleich abwerten und ausgrenzen. Ebenso wäre zu zeigen, welche identitätsstiftende Funktion solche Konstruktionen wiederum für jene haben, die sie äußern. Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme sind auf Abwertung, Angst und Unsicherheit angewiesen und müssen dafür entsprechende Feindbilder konstruieren – unabhängig davon, ob diese der Faktenlage entsprechen oder durch Statistiken belegt sind. Sie wollen gar keine gegenteiligen Erfahrungen machen; sie wollen gar keine Belege dafür, dass sie falsch liegen, sondern sie wollen sich bestätigt fühlen und genießen es geradezu, sich über andere zu erheben.

In einer solchen Auseinandersetzung mit Rechtspopulist*innen und Rechtsextremen wird bereits Stellung bezogen – jenseits einer bloßen Verurteilung. Die dritte Aufgabe – Stellung zu beziehen – wäre also erfüllt. Derartige Auseinandersetzungen mögen mühsam und oft unangenehm sein: Wir sollten jedoch konsequent eine klare Haltung gegen rassistische, antisemitische und rechtsextreme Äußerungen einnehmen, um den demokratischen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. ♥

IM NÄCHSTEN HEFT

Kommunen unter Druck

Demografischer Wandel, bezahlbarer Wohnraum, Schuldenbremse – Themen, die in Heft 2–2017 mit Blick auf die Auswirkungen auf das soziale Miteinander vor Ort diskutiert werden.

